

## **Bericht aus Straßburg**

### **Aktuelle Informationen Ihres Europaabgeordneten Joachim Zeller MdEP**



Joachim Zeller MdEP

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

die Entwicklungen in Afrika haben auch Auswirkungen für Europa. Nach dem Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudans gibt es nunmehr massive politische Veränderungen in fast ganz Nordafrika. Allein bereits wegen der geografischen Nähe beobachtet die Europäische Union die dortigen Entwicklungen sehr genau und sollte die dort sich entwickelnden Demokratieprozesse unterstützen. In den sich vollziehenden Umbrüchen liegt eine große Chance zur Demokratisierung dieser Länder, welche es – nicht zuletzt im Interesse der dortigen Bevölkerung – zu nutzen gilt.

Ich selbst hatte die vergangenen Wochen die Möglichkeit als Mitglied von Wahlbeobachtungsmissionen des Europäischen Parlaments im Tschad und in Uganda zu sein. Einen Eindruck von den dort zu bewältigenden Aufgaben finden Sie in dem vorliegenden Newsletter.

Zudem hat sich das Parlament mit dem Bericht zu den stockenden Verhandlungen zum EU-Beitritt der Türkei auseinandergesetzt, wobei es ein Aufweichen der Beitrittskriterien nicht geben darf.

Zu diesen und weitere Themen finden Sie Informationen auf den nachfolgenden Seiten.

Mit europäischen Grüßen aus Straßburg,

Ihr  
Joachim Zeller

**Bericht aus Straßburg | Aktuelle Informationen Ihres Europaabgeordneten Joachim Zeller MdEP | Ausgabe: März 2011**

Herausgeber: Joachim Zeller MdEP

Kontakt (Brüssel): EP-Brüssel, ASP 15 E 258, Rue Wiertz 60, B - 1047 Brüssel, Tel. 00 32 22 / 84 59 10

Kontakt (Berlin): Büro beim Deutschen Bundestag, Wilhelmstraße 60, 11011 Berlin, Tel. 030 / 22 77 10 00

## Wahlbeobachtermission in Uganda und in Tschad

Im Februar war ich zum Leiter der Wahlbeobachtermission des Europäischen Parlaments bei den Parlamentswahlen in Uganda gewählt worden. Die weiteren Mitglieder der Delegation waren Herr Justas Paleckis (Litauen), Herr Lopez Aguilar (Spanien) und Frau Kiil-Nielsen (Frankreich).

Die Abstimmungen fanden trotz einiger kleinerer Zwischenfälle in friedlicher und ruhiger Umgebung statt, was im Vergleich zu früheren Wahlen in Uganda eine wichtige Verbesserung darstellt. Als problematisch erwiesen sich bei den Abstimmungen etliche organisatorische Schwächen und die offensichtliche mangelnde Schulung der Wahlhelfer, aufgrund dessen es immer wieder zu langen Schlangen vor den Wahllokalen und zu Verzögerungen und nicht plausiblen Ergebnissen bei der Auszählung kam.

Die Hauptproblematik bestand jedoch in der systematischen Privilegierung der regierenden Partei, der auch der Präsident angehört. Dies zeigte sich in einer eklatanten Ungleichheit hinsichtlich der finanziellen Wahlkampfmittel, die in erheblichem Umfang dem Staatshaushalt entnommen wurden, wie auch im unausgewogenen Zugang zu den Medien. Die Beherrschung des einzigen staatlichen und landesweit ausstrahlenden Radiosenders durch die regierende Partei konnte durch einzelne lokale, private Radiosender nicht aufgewogen werden.

Uganda ist ein wichtiges Land für die Region wie auch ein bedeutender Partner für die Europäische Union, trägt es nicht zuletzt durch sein von den EU-Mitgliedsstaaten finanzierten militärischen Beitrag in Somalia zur Stabilität in der Region bei. Wir werden allerdings die zukünftige politische Entwicklung in Richtung auf ein plurales Parteiensystem und die Einhaltung der Menschenrechte genau beobachten. Gelingt es, diesen Weg zu gehen, so wird er zu einem höheren Maß an politischer Freiheit für die Menschen und Stabilität für das ganze Land führen, zumal es gerade in der Hauptstadt Kampala und auch in einigen anderen Regionen langsam zu einer Herausbildung einer Zivilgesellschaft kommt. Das Europäische Parlament steht bereit, in diesem Sinne gleichermaßen mit den Regierungs- wie Oppositionsparteien des neugewählten ugandischen Parlaments zusammenzuarbeiten.

Eine Woche davor, vom 10. bis 15. Februar, war ich Mitglied der Beobachterdelegation des Europäischen Parlaments bei den Parlamentswahlen im Tschad und konkret eingesetzt bei der Observation der Wahlen im Osten des Landes, in der Region der Stadt Abeche, einem in den letzten Jahren immer wieder unruhigen Gebiet an der Grenze zu Darfur. Da ich den Vergleich zum Referendum im Süden Sudans hatte, wo die Bedingungen, was mangelnde Infrastruktur anbelangt, ähnlich sind, ließ sich leicht feststellen, daß die Wahlen im Tschad ein hohes Maß an Desorganisation aufwiesen, was bei gründlicher Vorbereitung und besserer Schulung der Wahlhelfer sich hätte vermeiden lassen. Aber es drängte sich der Eindruck auf, daß dies seitens der Machthaber in Tschad ohnehin nicht beabsichtigt war. Es blieb der schale Eindruck zurück, dass wieder einmal einem Volk Demokratie vorgespielt wurde, ohne dass es wirklich die Möglichkeit hatte, politisch wählen zu können.



Besuch eines Wahlbüros in Uganda



Pressekonferenz zum Abschluss der Beobachtermission in Uganda



Joachim Zeller mit einem Wahlvorstand im Ost-Tschad

Mit dazu trägt aber auch bei, dass die Oppositionsparteien regional, organisatorisch und inhaltlich stark zersplittert sind, während die regierende Partei MPS (Mouvement Patriotique du Salut) des Präsidenten Idriss Débi Itno alle Institutionen des Staates fest im Griff hält. Der Tschad ist militärisch mit Libyen verbündet, was auch in dem andauernden Konflikt eine Rolle zu spielen scheint. Die deutsche Entwicklungshilfe hat bei den Menschen in Tschad ein hohes Ansehen, was mir von den Menschen vor Ort immer bestätigt wurde. Umso bedauerlicher, dass das Entwicklungshilfeministerium die derzeit noch bilateralen Projekte unter dem Dach der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zugunsten multilateraler Projekte aufgeben will. Ein Fehler, wie ich meine, würde es den Einfluss Deutschlands und damit der EU insgesamt zur Unkenntlichkeit zurückführen. Der Tschad war 2010 unter den "failed states" („gescheiterte Staaten“, d.h. Staaten, die die grundlegenden Funktionen nicht mehr erfüllen können) auf Platz 2 gesetzt worden, nach Somalia und vor dem Sudan. Gleichwohl hat er eine wichtige strategische Lage in der Region und verfügt über Rohstoffe wie Erdöl und eine ständig wachsende Bevölkerung, was, wenn die Menschen im Land für sich keine Perspektive mehr sehen, die Instabilität im Land befördern und den Emigrations-Druck erhöhen könnte. Was das Erdöl betrifft, ist es, ähnlich wie im Sudan, schon weitestgehend in den Händen chinesischer Firmen. Bei der Emigration von Menschen dürfte eher Europa das Ziel sein.

## Auf dem Wege zu einer europäischen Raumentwicklungspolitik

Am 1. März diskutierte ich im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auf Einladung des Parlamentarischen Staatssekretärs Herrn Dr. Andreas Scheuer mit dem EU-Kommissar für Regionalpolitik, Herrn Dr. Johannes Hahn, der Staatssekretärin im Ungarischen Ministerium für nationale Entwicklung, Frau Dr. Györggyi Nyikos, die



für die ungarische Ratspräsidentschaft sprach, über die künftige Europäische Raumentwicklung und den Territorialen Zusammenhalt in der Europäischen Union.

Anlass war die 2007 unter der deutschen Ratspräsidentschaft begründete "Territoriale Agenda", die jetzt durch die ungarische Ratspräsidentschaft einer Bewertung und Weiterentwicklung unterliegt. Dabei legte ich die Auffassung des Europäischen Parlaments dar und mahnte an, dass die weitere Entwicklung erfolgreicher werden müsse und insbesondere sichergestellt werden muss, dass die kommunalen Akteure künftig besser eingebunden werden, damit es nicht nur beim Konzept bleibt, sondern ein wirklich koordiniertes Handeln über alle Politikebenen hinweg bewirkt wird.

## CDU/CSU im Europäischen Parlament dringt auf eine Einführung einer Transaktionssteuer für Finanzmärkte

Die Abgeordneten von CDU und CSU haben einen Antrag für die Entschließung des Europaparlaments zur "innovativer Finanzpolitik welt- und europaweit" eingebracht. Danach soll eine weltweite Einführung einer Transaktionssteuer für Finanzmärkte eingeführt werden. Sofern sich eine solche Steuer politisch nicht durchsetzen kann, soll jedoch zumindest innerhalb der Europäischen Union eine solche Steuer eingeführt werden. Durch eine solche Steuer kann ein wertvoller Beitrag zu Stabilisierung der Finanzmärkte erzielt werden, welcher zudem die Banken an den von Ihnen mit verursachten Risiken angemessen beteiligt und damit auch die Haushalte der Mitgliedsstaaten finanziell entlastet.

## **Türkei und die EU: Stillstand statt Fortschritt**

Am 9. März stand im Plenum des Europäischen Parlaments der neue Fortschrittsberichts für den Beitrittsprozess der Türkei zur Abstimmung. Ich habe dem Bericht zugestimmt, allerdings nur, weil er sehr genau aufzeigt, dass es in den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei keine Fortschritte gibt. Im Gegenteil: in wesentlichen Bereichen wie der Beachtung der Bürger- und Menschenrechte, der Religionsfreiheit, der Versammlungs- und Pressefreiheit, sowie in der Zypernfrage ist eher Stillstand, wo nicht sogar ein Rückschritt zu vermerken.

Die neuerliche außenpolitische Ausrichtung der Türkei beispielsweise gegenüber dem Iran und Syrien lassen eher Zweifel aufkommen, ob es der türkische Ministerpräsident Erdogan mit einer Annäherung an Europa wirklich ernst meint. Weiterhin bleibt unklar, wofür die Milliarden an Beitrittsbeihilfen verwendet wurden, die an die Türkei gezahlt wurden. Aus all dem ergibt sich nur eine Schlussfolgerung: Stopp der Beitrittsverhandlungen!

Die Türkei bleibt einer der wichtigsten Partner der EU, eine Vollmitgliedschaft wird aber mehr und mehr zu einer Illusion.

## **Politisch motivierte Resolution zum neuen ungarischen Mediengesetz**

Am 10. März hat das europäische Parlament einer von Linken, Sozialisten, Grünen und Liberalen eingebrachten Resolution mehrheitlich zugestimmt, die eine weitere Überprüfung des bereits geänderten ungarischen Mediengesetzes fordert. Ich habe den Antrag abgelehnt. Den Antragstellern geht es nicht so sehr um die Freiheit der Medien in Europa, als vielmehr um die Verunglimpfung einer von ihrer Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit gewählten bürgerlichen Regierung, die die schwere Aufgabe vor sich hat, ein Land wieder aufzurichten, das durch die Misswirtschaft der sozialistischen Vorgängerregierung schwer gelitten hat. Selbst die EU-Kommission konnte keine gravierenden Verstöße gegen die Medienfreiheit im ungarischen Gesetz feststellen, dass außerdem bereits eine Modifikation erfahren hat, so dass es für die Kommission keine kritikwürdigen Punkte mehr enthält.

## **Parlament verabschiedet Resolution zu den Ereignissen in Libyen und der Region**

Angesichts der Ereignisse in Libyen durfte das Europäische Parlament nicht schweigen. Eine Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. März 2011 zu den südlichen Nachbarländern der EU, insbesondere Libyen wurde von mir mit unterzeichnet.

Den genauen Wortlaut finden Sie unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0095+0+DOC+XML+Vo//DE>